



Abschlussbericht der Enquete-Kommission – Pressestatements der Obleute am 22. Juni 2021

Abg. Stephan Albani (CDU/CSU)*: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist definitiv ein freudiger Tag, nicht nur, weil wir die Arbeit hinter uns gebracht haben, sondern weil wir einen guten Tag für die Digitalisierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung haben. Mit dem Enquete-Bericht legen wir eine ganze Reihe von Empfehlungen vor, die junge Menschen noch nachhaltiger und besser auf die Anforderungen und Chancen vorbereiten, die der digitale Strukturwandel mit sich bringt. Zugleich weisen wir auch Wege auf, wie Berufserfahrene, die schon jetzt und noch in absehbarer Zeit den Hauptteil unseres wirtschaftlichen Erfolges tragen, durch passgenaue Weiterbildung ihren beruflichen Erfolg sichern.

Trotz der unterschiedlichen Zielsetzungen, die gerade in der letzten Sitzungswoche der scheidenden Wahlperiode die Debatten prägen werden, bleibt festzuhalten: Wenn es um die soziale und wirtschaftliche Zukunft unserer Fachkräfte ging, haben wir, meine Kolleginnen und Kollegen – mit wenigen Ausnahmen alle in der Enquete – am Ende stets zu fraktionsübergreifenden gemeinsamen Lösungen gefunden. Das macht Mut und stärkt zumindest mein Vertrauen in demokratische Abstimmungsprozesse.

Unterschiedliche Zielsetzungen resultieren aus unterschiedlichen Weltansichten. Und die Sicht der CDU/CSU-Fraktion ist geprägt vom Vertrauen in die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung junger Menschen, von der Überzeugung, dass Sozialpartnerschaft keine Floskel, sondern das Schmiermittel der sozialen Marktwirtschaft ist, und davon, dass ein guter gesetzlicher Ordnungsrahmen die berufliche Bildung als das erhält, was sie für uns schon immer war: die nachhaltigste und beste Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Anders als einige der nachfolgenden Fraktionen nehmen wir dabei Abstand von staatlichem Dirigismus, von der Gängelung der Wirtschaft und der Festschreibung persönlicher Lebenswege. Wir nehmen junge Menschen dort an die Hand, wo sie Hilfe benötigen. Wir unterstützen Branchen und Betriebe dabei, in der digitalen Transformation zu bestehen, und wir öffnen mit gezielter Weiterbildungsunterstützung Fenster, wo sich Türen schließen.

Welche Schwerpunkte setzen wir dabei? Der Bericht, mit seinen rund 400 – teilweise unter Schweiß, Blut und Tränen – erarbeiteten Empfehlungen, scheint die Auswahl schwierig zu machen. Doch mit einem klaren Kompass wie dem unsrigen, lassen sich einige Kernpunkte der zukünftigen Gestaltung der beruflichen Bildungslandschaft für die digitale Arbeitswelt gut ansteuern und mögliche Untiefen umschiffen.

* in Vertretung der Obfrau Katrin Staffler, MdB

So wollen wir einen Pakt für digitale Bildung aufsetzen, der die Förderung berufsbildungsspezifischer digitaler Bildungsinfrastrukturen, etwa technischer und personeller Ausstattung, sowie adäquate Endgeräte für Auszubildende, der aber auch eine Qualifizierungsoffensive für Lehrerweiterbildung vorsieht.

Auch eine Einbindung des betrieblichen Ausbildungspersonals in Angebote des Erwerbs von Digitalkompetenzen ist vorgesehen. Verbesserungen soll es auch bei der kostengünstigen Bereitstellung von Wohnheimen und Mobilitätsangeboten geben.

Innovative Formate des regulären Distanzunterrichts sollen berufsschulische Angebote auch in den Regionen attraktiver machen. Wir wollen digitale Angebote zum ortsunabhängigen Kompetenzerwerb und damit zur Absenkung von individuellen Zugangshürden, etwa durch übergreifende Plattformlösungen in Aus- und Weiterbildung fördern. Wir wollen Erkenntnisse aus der Pandemie nutzen, um verstärkt digitale Instrumente in der Berufsorientierung zur strukturierten und zielorientierten Entwicklung von Talenten zu nutzen. Wir wollen eine Plattform zur Berufsorientierung aufbauen. Und wir wollen von Beginn an, über die Ausbildung hinweg, auf die Chancen der Höheren Berufsbildung hinweisen, um auf diese Art und Weise den jungen Menschen einen Einstieg in strukturierter Weise zu ermöglichen und gleichzeitig auch den Eltern die Perspektive aufzuzeigen, was aus ihrem Kind denn dereinst einmal werden kann.

Möglichkeiten zur Validierung bestehender Kompetenzen wollen wir ausbauen, um bestimmte Erwerbsbiografien in der digitalen, technologischen und ökologischen Transformation besser zu unterstützen, besonders für Personen mit geringen formalen Qualifikationen. Ein digitaler fälschungssicherer Kompetenzpass soll dabei die Nutzung erworbener Qualifikationen unterstützen.

Und schließlich: Wir wollen die Vernetzung bzw. Hybridisierung von Lernorten, Lernkonzepten, Bildungsgängen und -sektoren sowie analogen und digitalen Angeboten in der beruflichen Bildung, in der Aus- und Weiterbildung, vorantreiben.

Die Grundlagen der gewachsenen, kleinteiligen Wirtschaftsstruktur in Deutschland werden durch eine adäquate Förderung digitaler Angebote an überbetrieblichen Ausbildungsstätten sowie verstärkte individuelle Weiterbildungsförderung gesichert. Die Verantwortung für Aus- und Weiterbildung bleibt dabei vornehmlich eigenverantwortliche Aufgabe der Unternehmen und der in ihnen Beschäftigten.

Bestehende Fördermöglichkeiten müssen mittels digitaler Instrumente bekannter und so auch stärker in Anspruch genommen werden können. Der steigenden Bedeutung der berufsbildenden Schulen wollen wir bei der Vermittlung berufsübergreifender Digitalkompetenzen in einem Pakt für berufsbildende Schulen gerecht werden.

Die Internationalisierung der beruflichen Bildung schließlich soll durch die Überführung bestehender Strukturen in einen „Deutschen Beruflichen Austauschdienst (DBAD)“ unterstützt und durch Modellprojekte für gemeinsame internationale „Virtual Vocational Classrooms“ erweitert werden, um so Auszubildenden den Kontakt mit Lernenden anderer Länder und Kulturen zu ermöglichen.

Eine digitale Zukunft der beruflichen Bildung gibt es nur dann, wenn alle Beteiligten die Herausforderung annehmen, Lernprozesse gemeinsam zu gestalten und die Politik hierfür einen verlässlichen Rahmen aufspannt.

Bei der Erarbeitung des Berichts der Enquete-Kommission „Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt“ hat die Unionsfraktion dazu maßgeblich beigetragen, diese Zukunft gemeinsam mit Hilfe unserer Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.

Herzlichen Dank!

Abg. Yasmin Fahimi (SPD): Auch ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Tag, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Interessierte, liebe Kolleginnen und Kollegen. Erstens möchte ich heute meinen Dank aussprechen für über drei Jahre sehr sachorientierte, sehr kollegiale und – das muss man sagen – ganz überwiegend sehr professionelle Arbeit, die wir gemeinsam geleistet haben. Mein Dank geht an die Obleute in dieser Runde, mein Dank geht aber auch an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hintergrund, die Tag und Nacht für uns geschuftet haben und die nicht zuletzt diese Veranstaltung heute auf die Beine gestellt haben.

Wie wir eben schon gehört haben, gab es eine gemeinsame Einschätzung hinsichtlich der Bedeutung der beruflichen Bildung in der digitalen Arbeitswelt in der Enquete-Kommission. Es gab aber auch durchaus Unterschiede in der Bewertung. Daher lohnt es sich, genauer hinzuhören und genauer nachzulesen. An dieser Stelle will ich die Prioritäten, die wir als SPD sehen, nochmals hervorheben.

Digitalisierung – das ist aus meiner Sicht nur oberflächlich eine Frage der technischen Prozesse. Wenn wir über Digitalisierung sprechen, dann diskutieren wir vor allem einen Kulturwandel. Einen Kulturwandel, was die Arbeitsprozesse angeht, aber auch unsere Lebensweise. Deswegen wurde sehr schnell klar, dass wir in dieser Enquete-Kommission über mehr zu reden hatten als die Vermittlung von Technik oder das Zurverfügungstellen von Infrastruktur. Es ging um die Frage, wie wir der Entstehung neuer Berufe oder neuer Geschäftsmodelle, vor allem aber der massiven Veränderung von Tätigkeiten im Berufsbildungssystem gerecht werden wollen. Und dazu musste man sich erst einmal darüber verständigen – und das haben wir getan –, welche Bedeutung das Berufsbildungssystem hat. Es trägt nicht nur maßgeblich dazu bei, dass wir mit Fachkräften den wirtschaftlichen Erfolg dieses Landes sichern, sondern es bewirkt vor allem, dass breiten Bevölkerungsschichten Integration geboten wird, ein freier Zugang zu beruflicher Perspektive und existenzsichernder Arbeit – eine Integrationskraft, die ihresgleichen in der Welt sucht. Die Erfolgsfaktoren dafür sind das Zusammenspiel der öffentlichen Hand mit beiden Seiten der Sozialpartner und das Kammerprinzip. Manche in der Kommission stellten nach meinem Eindruck den Einfluss des einen oder anderen Akteurs auch mal in Frage. Aber für uns als SPD ist völlig klar: Wir müssen dieses Ineinandergreifen stärken und ausbauen.

Über die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt muss ich an dieser Stelle nichts weiter sagen. Aus Sicht der SPD droht die Integrationskraft unseres vorbildlichen Berufsbildungssystems ins Wanken zu geraten. Deswegen stellt sich keine geringere Frage als die, ob wir einen

Neustart in der Berufsbildung brauchen, indem wir das System stabilisieren und Erfolgsfaktoren bewahren. In der Enquete-Kommission haben wir uns die ganze Bildungskette angeschaut – von der Berufsorientierung über die Qualität der Ausbildung bis zum Recht auf Weiterbildung – und wie diese eigentlich zu realisieren ist. 200.000 oder mehr Jugendliche, die jedes Jahr ins Übergangssystem gehen, sind zu viel. Daher plädieren wir klar für eine bessere Berufsorientierung, eine Entwicklung der Berufswahlkompetenz in den Schulen, aber auch einen Ausbau dualer Einstiegsqualifizierung. Die SPD forderte mit Blick auf den derzeitigen Ausbildungsmarkt, insbesondere mit Blick auf die abnehmende Zahl von Ausbildungsbetrieben, eine Ausbildungsgarantie. Das war nicht unumstritten. Aber wir wollen ein umfassendes Ausbildungsversprechen an die junge Generation, gerade auch in Zeiten des Wandels und der Transformation.

Wir wollen einen Berufsbildungspakt, das hat mein Kollege Stephan Albani schon angesprochen. Über die Fragen der Infrastruktur und der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften hinaus will ich an dieser Stelle nur hinzufügen: Wenn wir über Digitalisierung in der Berufsbildung reden, muss es vor allem darum gehen, dass wir die E-Didaktik weiterentwickeln, so dass daraus neue Lernerfolge entstehen. Es geht nicht darum, einfach nur Technik zu nutzen – Technik an sich ist langweilig, solange sie nicht zum Wohle der Menschen eingesetzt wird.

Wir als SPD stehen klar zur vollwertigen Ausbildung, wir wollen keine Schmalspur-Ausbildung, wir wollen keine Modularisierung. Eine vollwertige Ausbildung ist aus unserer Sicht die Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein festes Fundament geschaffen wird, um beruflich weiter zu qualifizieren und eben auch agile Fortbildung in Zukunft zu sichern.

Wir wollen endlich einen rechtlichen Rahmen für alle Berufe, also auch für die Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe, mit neuen, eigenen Bundesberufsgesetzen. Auch dies war durchaus ein umstrittener Punkt in der Enquete-Kommission. Wir wollen mehr Eigenständigkeit für Auszubildende. Wir wollen eine digitale Lernmittelfreiheit. Und wir wollen ein Bundesprogramm „Junges Wohnen“, so dass nicht nur studentisches Wohnen gefördert wird, sondern zunehmend auch Azubi-Wohnheime entstehen, vielleicht sogar gemeinsame Einrichtungen, die helfen, soziokulturelle Barrieren in den Köpfen zwischen Studierenden und Auszubildenden abzubauen.

Und zuletzt: Ja, das Thema Weiterbildung hat bei uns eine große Rolle gespielt. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist unser Credo. Ein Recht auf Weiterbildung muss sich konkretisieren. Die Weiterbildung im Betrieb bildet eine ganz starke Säule. Daneben müssen wir den Ausbau der Arbeitsmarktinstrumente fortsetzen, den wir in dieser Legislatur begonnen haben, um aus der Agentur für Arbeit eine „Agentur für Arbeit und Qualifikation“ im Sinne einer Arbeitsversicherung zu machen.

Als SPD treten wir außerdem für eine Stärkung des individuellen Anspruchs auf Weiterbildung ein, und zwar konkret und für alle gleich. Wir fordern ein Erwachsenenweiterbildungsgesetz, das für drei Jahre eine Bildungsgrundabsicherung für alle anerkannten Abschlüsse ermöglicht. Denn wir sind der Überzeugung, dass es Zeit für eine „zweite Chance im Berufsleben“ ist, unabhängig vom Arbeitgeber, unabhängig von der Frage, ob man arbeitslos wird oder nicht, sondern als wirklich selbstbestimmtes Instrument.

Das sind für uns die Voraussetzungen dafür, um tatsächlich eine neue Weiterbildungskultur zu etablieren, die eben nicht in der BA oder im Betrieb anfängt, sondern die in den Köpfen der Menschen beginnen muss. In diesem Sinne ist die Digitalisierung, die Transformation der Arbeitswelt, eine Chance für jeden Menschen, sein Leben, seine berufliche Lebenslaufbahn zu planen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Abg. Nicole Höchst (AfD): Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stehe hier mit einigem Stolz für die Alternative für Deutschland und kann berichten, dass es tatsächlich noch fraktionsübergreifende parlamentarische Zusammenarbeit gibt. Wir haben es über diesen langen Zeitraum tatsächlich geschafft, Einigkeit in vielen, sogar den meisten Punkten des Enquete-Berichtes zu erzielen. Dort, wo wir keinen Konsens finden konnten, gibt es jeweils Sondervoten. Das ist eine gute Botschaft. Denn es bedeutet, dass Demokratie in Deutschland funktionieren kann, wenn es um die Sache geht und man auf die ideologischen Trennlinien wirklich nur dort zu sprechen kommt, wo es unbedingt notwendig ist.

Ja, wir haben einen Neuordnungsbedarf, wir haben einen Umorientierungsbedarf und ja, die Zeiten ändern sich. Fraktionsübergreifende Einigkeit konnte dort erzielt werden, wo die Fakten auf den Tischen lagen, wo Expertinnen und Experten jenseits politischer Minenfelder sich einvernommen haben.

Mein Vorredner und meine Vorrednerin haben schon auf eine ganze Reihe von Punkten hingewiesen. Das möchte ich jetzt nicht nochmal alles wiederholen, sondern ich möchte darauf eingehen, was für uns von der Alternative für Deutschland die entscheidenden Punkte waren.

Das ist zum einen, dass die Technik und die Endgeräte nicht alleine die Modernisierung und die Schritte in Richtung der digitalen Arbeitswelt abbilden können, sondern der Umgang damit.

Erst heute Morgen durfte ich lesen, dass eine Studie gezeigt hat, dass der Fernunterricht, der Online-Unterricht, für die meisten Schüler und Schülerinnen den gleichen Effekt hat wie Sommerferien. Das bedeutet keinen Wissens- oder Kompetenzzuwachs, obwohl wir an den Schulen digitalisiert haben, was das Zeug hält.

Wir von der AfD-Fraktion sagen, das ist nur ein Teil der Miete: Selbstverständlich müssen Infrastrukturen und Technik in der Form vorhanden sein, dass man Schritte in die Zukunft gehen kann, aber die wichtige Person zur Kompetenz- und Wissensvermittlung ist neben dem Auszubildenden evidenterweise nach wie vor der Lehrer. Der Lehrer begleitet Schülerinnen und Schüler im Erkenntnisprozess, hilft, Zusammenhänge zu bewerten, und hilft, neue Fenster aufzustoßen in Welten der Erkenntnis, zu neuen Kompetenzen. Ja, das kann Technik allein nicht leisten. Und das führt noch zu dem Punkt, den ich dazu gerne unbedingt noch anschließen möchte: Wir haben in den letzten Jahren erlebt, dass Bildung immer ungerechter wird und dass viele, die aus benachteiligten Familien kommen, deutlicher abgehängt werden. Sie haben ganz besondere Schwierigkeiten, auch jetzt nachgewiesen durch

die Corona-Pandemiemaßnahmen, selbstbestimmt, individuell und eigenverantwortlich mit Lerninhalten so umzugehen, dass sie davon etwas mitnehmen. Diese Familien und diese Kinder und Auszubildenden dürfen wir nicht alleine lassen. Und deswegen dürfen wir nicht nur darauf abheben, die Verantwortung individuell an die Schüler zurückzugeben, die das strukturell von zu Hause nicht mitgebracht haben und die diese Lernprozesse selbst nicht strukturieren können. Auch hier ist die Lehrperson der entscheidende Lernpartner, der Lernen, Wissenserwerb und Kompetenzerwerb überhaupt erst möglich macht.

Zweitens: Ich glaube, die größte Trennlinie verläuft an dem Punkt, wo wir feststellen, die Passung stimmt nicht. Wir haben Probleme, Auszubildende in den Ausbildungsmarkt zu integrieren - das scheint immer wieder von beiden Seiten der Fall zu sein -, und wir sehen das auch im Berufsbildungsbericht.

Meine Damen und Herren, die Alternative für Deutschland steht dafür, dass wir nicht nur vom System und von der Struktur erwarten dürfen, müssen, können und sollen, dass immer neue Schritte auf Auszubildende zugegangen werden – ja, aber das ist nur ein Teil der Miete. Denn der andere Teil der Miete ist, dass wir endlich wieder an den Punkt kommen müssen, Leistung auch positiv, erstrebenswert erscheinen zu lassen. Es geht um Motivation, es geht um preußische Primärtugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, Zuverlässigkeit und natürlich auch intrinsische Motivation. Die Tiger States, die das verinnerlicht haben, wie Südkorea und Indien, sind auch in der Digitalisierung und in ihren Schritten in die Zukunft ganz weit vorne. Davon können und sollen wir lernen – der Blick über den Tellerrand ist hier sehr wichtig.

Das sind Positionen unserer Fraktion.

Und ich schließe mit dem Ausblick, dass ich mir wirklich wünsche, dass das, was wir jetzt gemeinsam erarbeitet haben, in den kommenden Jahren auch Umsetzung findet – zum Wohle von Deutschland.

Zum Schluss geht mein besonderer Dank an die beiden Vorsitzenden der Enquete-Kommission und an alle Fraktionen, die Fraktionsreferenten und vor allem an das Enquete-Kommissionssekretariat. Ohne ihren Einsatz und ihre Hilfsbereitschaft wäre die reibungslose Zusammenarbeit gar nicht möglich gewesen.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Jens Brandenburg (FDP): Vielen herzlichen Dank und einen guten Tag auch von meiner Seite, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir haben heute Vormittag den in der Beschlussfassung über 600 Seiten umfassenden Bericht der Enquete-Kommission an Bundestagspräsident Dr. Schäuble übergeben. Jetzt sind über 600 Seiten schon mal viel Papier in gedruckter Form – den Bericht gibt es auch noch in digitaler Fassung. Aber ich glaube, man unterschätzt, wieviel Arbeit dahintergesteckt hat.

Wir haben uns drei Jahre lang, ich glaube, in etwa 200 Sitzungen, und da waren die Obleuterunden, die fraktionsinternen Runden, auch die übergreifenden Treffen noch gar nicht mit dabei, jeweils über mehrere Stunden lang wirklich intensiv mit so ziemlich allen Fragen der

beruflichen Bildung, die wahrscheinlich in den letzten Jahrzehnten politisch diskutiert worden sind, auseinandergesetzt.

Wir haben uns seitens der Abgeordneten aber auch seitens der externen Sachverständigen tief weiter in die Themen eingearbeitet, über einzelne Expertenanhörungen auch noch einmal viel externen Sachverstand mit dazu geladen. Und ich möchte mich dafür sehr, sehr herzlich bei allen bedanken, die daran mitgewirkt haben: bei allen Obleuten der Fraktionen, bei den Mitgliedern der Enquete-Kommission, bei denen, die uns den Sachverstand von außen mitgegeben haben, aber vor allen Dingen auch bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Sekretariats und ausdrücklich auch denen in den Büros der Abgeordneten und bei den Sachverständigen. Da steckt wirklich viel mehr Arbeit in dem Bericht, als man das am heutigen Tag hier vielleicht erkennen kann.

Ich glaube, wir alle haben gemerkt, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt fundamental verändert und dass das auch erhebliche Auswirkungen auf die berufliche Bildung hat. Wir haben manches davon eben schon gehört. Ich glaube, dass beispielsweise die Tatsache, dass sich Arbeitsprozesse in bestehenden Berufen schon völlig verändern, dass sich auch Geschäftsmodelle in vielen Branchen völlig verändern, verändert haben und künftig verändern werden, so dass wir heute gar nicht seriös für die Menschen, die aktuell in der Schule, aktuell in der Ausbildung sind, sagen können, wie denn überhaupt in zehn, zwanzig Jahren ihre Arbeitswelt aussieht. Wir wissen nur, dass wir diese jungen Menschen heute darauf vorbereiten müssen, in der Zukunft Dinge zu tun, die sie heute noch nicht lernen, und sich also regelmäßig immer wieder neue Dinge beizubringen.

Ich bin auch sehr froh, dass die grundsätzliche Erkenntnis, dass die Digitalisierung nicht nur eine große Bedrohung ist, die angeblich Millionen Arbeitsplätze vernichten wird, sondern vor allen Dingen auch eine große Chance ist, dass neue Arbeitsplätze, neue Berufsbilder überhaupt erst entstehen und bisherige sich weiterentwickeln können, dass das zumindest in der Enquete immer wieder auch angesprochen werden konnte. Und ich glaube, dass sich bei vielen Mitgliedern der Enquete am Ende tatsächlich auch diese Erkenntnis der Chance von Digitalisierung durchgesetzt hat.

Es ist ein Bericht, das werden Sie, wenn Sie ihn durchblättern und durchlesen, sicher sehen, der meines Erachtens nicht unbedingt den Anspruch erfüllt, einen konsensualen Masterplan für die nächsten zehn, zwanzig Jahre auszuformulieren. Dafür, das muss man ehrlicherweise sagen, gab es bei zu vielen Themen eben keinen Konsens. Das sehen Sie auch in der beruflichen Bildung, wenn Sozialpartner, Arbeitgeber, Gewerkschaften, die Kammern, hier bei uns natürlich die Politik, Bund-Länder-Interessen, dann die Praxis und die Wissenschaft, wenn das alles zusammenkommt und ein Gremium wie die Enquete-Kommission sehr konsensorientiert arbeitet, dass dann natürlich nicht jeder gute Vorschlag und auch nicht jeder nicht so gute Vorschlag gleich die Zustimmung aller findet. Aber ich glaube, wir haben das in der Enquete-Kommission ganz gut gelöst: Gar nicht mal nur mit Prüfaufträgen, die gibt es sicher auch, sondern durchaus auch mit geteilten Voten, wo eben transparent dargestellt wird, dass manche Dinge Konsens sind und andere eben nur von jeweils einem Teil der Enquete-Kommission so gesehen werden.

Also, in dem Sinne: Sie finden nicht den konsensualen Masterplan, die große Vision, die alle gleichermaßen mittragen. Aber was dieser Bericht, glaube ich, erfüllen kann, ist das Versprechen, große Teile der Diskussion der letzten Jahre, aber vor allen Dingen auch über die Zukunft mal strukturiert aufzuschreiben, auch analytisch herunterzubrechen und dabei unterschiedliche Positionen sehr deutlich zu machen. Und somit, glaube ich, dass der Bericht auch einer künftigen Bundesregierung und den Koalitionsverhandlungen zwischen Parteien, aber auch dem Parlament eine gute Grundlage geben wird, dort Ideen für die Zukunft herauszuziehen, also nicht wieder bei null zu starten.

Wir hätten uns seitens der Freien Demokraten durchaus – auch das ist kein Geheimnis – gewünscht, wir haben es ja im Sondervotum auch formuliert, dass wir uns an ein paar Stellen stärker auf die großen Herausforderungen der Digitalisierung konzentrieren und dabei auch noch mehr darauf fokussiert hätten, wie umfangreich und wie groß die Auswirkungen der Digitalisierung auf die berufliche Bildung sind. Als Beispiele nenne ich mal: die Digitalisierung auch konsequenter in den Ausbildungsgängen mit zu verankern oder neue Berufsbilder, die entstehen, sehr viel schneller, auch neue Berufsbilder in völlig neuen Geschäftsmodellen, sehr viel schneller in die Ausbildung umzusetzen. Aber auch ganz praktisch: Wenn man sich die Projekte, die Umsetzung in den Berufsschulen vor Ort anschaut, haben wir uns in der Enquete-Kommission hervorragende Best-Practice-Beispiele angehört, aber auch ehrlicherweise festgestellt, dass vieles davon eben Best Practice und Leuchtturm und damit noch nicht unbedingt Standard in der Bundesrepublik Deutschland ist.

Ein zweites Thema ist das der Internationalisierung: Die berufliche Bildung wird immer internationaler. Auch da finden Sie gute Vorschläge, beispielsweise auch eine Zielmarke, mal nicht um die sieben oder acht Prozent der Auszubildenden einmal irgendwann im Ausland einen Teil ihrer Ausbildung erleben zu lassen, sondern eben 20 Prozent – um an das heranzukommen, was im Hochschulbereich selbstverständlich ist. Konkrete Vorschläge sind, Herr Albani hat es eben schon genannt: der Deutsche Berufliche Austauschdienst (DBAD), auch internationale Berufsbilder stärker zu verankern. Vieles davon finden Sie im Bericht, fairerweise das meiste davon auch in geteilten Voten. Ich glaube, für die kommenden Jahre wäre das auch eine große Aufgabe, den Fokus darauf zu legen.

Und ein dritter Punkt, auch aus aktuellem Anlass: Wir haben in der Corona-Krise gesehen, auch damit haben wir uns beschäftigt, dass die Ausbildungszahlen, also die Zahlen der abgeschlossenen Ausbildungsverträge (insbesondere in der dualen Ausbildung) massiv eingebrochen sind, nochmal um etwa 11 Prozent. Damit hat diese Pandemie, der Lockdown, einen Trend beschleunigt, der vorher schon da war. Und das hat nicht nur Angebots-, das hat auch Nachfragegründe. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, und das ausdrücklich im Konsens, einen Schwerpunkt auf die Berufsorientierung zu legen. Und ich glaube, das ist meines Erachtens eines der stärksten Signale dieses Berichts, neben dem Pakt für berufsbildende Schulen, auch hier schon zu sagen: Wir wollen eine praxisorientierte Berufsorientierung – ausdrücklich auch an Gymnasien – stärken, um wieder mehr junge Menschen für die berufliche Bildung zu gewinnen. Das ist, glaube ich, ein großer Fortschritt.

Wir hätten uns seitens der Freien Demokraten darüber hinaus sicher gewünscht, dass man auch mit einer Art „Exzellenz-Initiative Berufliche Bildung“, mit einer gezielten Talentförderung auch an der Spitze, mit beispielsweise einem Ausbau der Stipendienprogramme, mit

einer stärkeren Innovationsförderung als wir das bisher mit ein paar Instrumenten schon kennen, auch mit einer stärkeren Bündelung zum Beispiel im Übergangssystem oder bei einer Fokussierung auf besonders erfolgreiche Maßnahmen mehr macht. Da wäre, glaube ich, an ein paar Stellen wirklich noch mehr drin gewesen.

Aber wie gesagt, ich glaube, dass der Bericht insgesamt sehr gut die Diskussion widerspiegelt, die wir geführt haben, und auch die, die politisch für die nächsten Jahre relevant sein wird. In welche Richtung – A oder B – es am Ende gehen wird, das entscheiden dann ohnehin die Wählerinnen und Wähler im Herbst. Aber dafür haben wir, glaube ich, mit diesem Bericht eine sehr gute Grundlage gelegt und dafür möchte ich mich nochmal herzlich bei allen Beteiligten bedanken.

Abg. Dr. Birke Bull-Bischoff (DIE LINKE.): Liebe Kolleginnen und Kollegen auch von mir erstmal herzlichen Dank an alle die, die Interesse gezeigt haben an dem, was wir als Enquete-Kommission so zustande gebracht haben. Ich will mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern ausdrücklich in der Frage anschließen, dass wir einen großen gemeinsamen Nenner haben und dass es auch, wie ich finde, miteinander eine sehr angenehme Arbeitsatmosphäre war.

Wir haben gestritten, wir haben eine ganze Menge, eine große Palette von Gemeinsamkeiten erarbeitet – fraktionsübergreifend war dabei auch die eine oder andere neue Erfahrung dabei. Also ich finde schon, wenn man einen Blick auf den Parlamentarismus wirft, dann ist die Arbeit dieser Enquete-Kommission ein richtig positives Beispiel.

Ich will drei Schwerpunkte aus der Sicht meiner Fraktion DIE LINKE. nochmal stark machen, die für uns sehr wichtige Angelegenheiten waren.

Das ist erstens: Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein wichtiges Thema, ist gewissermaßen unsere politische DNA. Das heißt hier, dass es um Ausbildungsgerechtigkeit geht. Da kommen wir zur Perspektive von Menschen mit Lernschwierigkeiten, Menschen mit Behinderungen, jungen Migrantinnen und Migranten – also zu jungen Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens unterwegs sind. Wir haben jetzt schon 2 Millionen junge Menschen, die ohne Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt sind; das sind große Gefahren für individuelle Biografien, aber auch große Gefahren für eine funktionierende Wirtschaft, die gut ausgebildete Fachkräfte braucht. Hier ist enormer Handlungsbedarf. Insofern finden wir, dass eines der wichtigsten Ergebnisse des Berichtes ist, dass sich ein großer Teil oder ein akzeptabler Teil der Enquete-Kommission der Forderung nach einer Ausbildungsgarantie angeschlossen hat.

Außerdem ist unsere Prämisse, dass wir Unterstützung für diese jungen Leute wollen, mehr Unterstützung, weniger Sondersysteme, weniger Warteschleifen. Das heißt beispielsweise auch, dass wir die Kritik an der Praxis der Ausbildungsreife in der Bundesagentur für Arbeit, die im Bericht formuliert ist, ausdrücklich unterstützen. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Begleitung, wir brauchen mehr Ressourcen, wir brauchen mehr Zeit für junge Menschen, und das vor allen Dingen im Regelsystem, das heißt in der dualen Ausbildung und in

der schulischen Ausbildung. Wenn es nicht anders geht, dann fordern wir oder dann unterstützen wir beispielsweise die Forderung nach einer Reform des Übergangssystems. Das Übergangssystem muss mindestens ermöglichen, den schulischen Ausbildungsabschluss zu verbessern, und es muss mindestens zu 50 Prozent betriebliche Praxis beinhalten, wenn junge Menschen Berufsausbildungsvorbereitungs-Maßnahmen absolvieren. Auf dieser Grundlage soll ein schneller Wechsel in die betriebliche Ausbildung erfolgen.

Ein zweiter Schwerpunkt, den ich aufrufen will, ist die Zukunft der schulischen Ausbildung: Sie wissen alle, sie ist eine eigene Säule im System der beruflichen Bildung, eine, die nicht durch das Berufsbildungsgesetz geregelt ist. Wenn junge Menschen Erzieher/-innen werden wollen, Ergotherapeuten/-therapeutinnen, Logopäden oder Logopädinnen, dann geraten sie sehr oft in die Situation, dass sie keine Ausbildungsvergütung bekommen. Denn es gibt kein Recht, kein verbrieftes Recht auf Ausbildungsvergütung. Im Gegenteil: Diese jungen Menschen müssen vielfach Schulgeld bezahlen; das ist zwar unterschiedlich geregelt, sie haben aber nicht dieselben Rechte wie ihre Zeitgenossinnen/-genossen, Altersgefährten/-gefährtinnen in der dualen Ausbildung. Wir finden, das muss man verändern und zwar nicht nur, weil es sich hier um systemrelevante Frauenberufe handelt, sondern weil wir alle diese Fachkräfte auch sehr nötig haben. Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die Forderung, die auch von anderen Fraktionen getragen werden, dass wir auf Bundesebene hier die Regelungskompetenz des Bundes nutzen müssen. Das hat sich auch in der Anhörung der Enquete-Kommission ergeben, dass wir als Bund hier durchaus Regelungskompetenz haben. Das heißt, dass wir ein Berufe-Gesetz ähnlich wie das Pflegeberufegesetz brauchen, das ausdrücklich ein Recht auf Ausbildungsvergütung festschreibt, das ausdrücklich das Verbot von Schulgeld festschreibt und das die schulische Ausbildung angleicht, orientiert an den Rechten, die im Berufsbildungsgesetz für die duale Ausbildung festgeschrieben sind.

Der dritte Schwerpunkt, den ich aufrufen will, ist die Frage der Digitalisierung. Auch hier gehört auf jeden Fall zu den gemeinsamen Nennern: Wir brauchen eine bessere Ausrüstung in Sachen digitaler Lern-Tools, in Sachen Bildungstarife, in Sachen digitaler Infrastruktur. Ich will aber hier an dieser Stelle noch einmal drei Punkte stärker machen: Das ist zum einen der Punkt, dass wir auch in der Bildung und in der beruflichen Bildung sehr oft das Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“ finden. Hier gibt es Handlungsbedarf für die Politik. Das heißt, dass junge Menschen, die in schwierigen finanziellen Verhältnissen unterwegs sind, ein Recht auf digitale Grundsicherung haben müssen – so haben wir es genannt. Gemeint ist das Recht, in den sozialen Sicherungssystemen Computer, Verbrauchsmaterialien, aber auch Bildungstarife kostenfrei zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Und zum Schwerpunkt Digitalisierung gehört auch, dass es ebenfalls in der beruflichen Bildung, wenngleich das hier ein bisschen schwieriger ist, trotzdem nicht nur um Nutzerkompetenz, um Anwenderkompetenz gehen darf. Unser Prinzip heißt auch hier „Open Educational Resources“. Dabei ist digitale Mündigkeit unser Stichwort. Junge Menschen müssen auch in der beruflichen Bildung die Chance haben, hinter die Kulissen zu gucken, sowieso Programmieren zu lernen, selbst zu gestalten; die Prinzipien von freier Bildung sind uns hier sehr wichtig.

Und am Ende: Wir wissen alle, glaube ich, dass in der beruflichen Bildung genauso wie in der Weiterbildung als auch in weiteren Bereichen der Bildungsbiografie mehr Mittel des

Bundes zur Verfügung gestellt werden müssen. Ich denke, das wird eine Herausforderung der nächsten Legislaturperiode sein, und das wird auch eine Aufgabe des Bundes bleiben bzw. werden.

Schließlich möchte ich mich bei all denen, die die Arbeit der Enquete-Kommission möglich gemacht haben (und das ist eine große Menge an Leuten, die ich jetzt nicht alle aufführen kann), und bei meinen Kolleginnen und Kollegen bedanken. Es ist nicht dahingesagt: Es war eine sehr, sehr angenehme Arbeitsatmosphäre. Sehr gerne öfter! Vielleicht nicht unbedingt Enquete-Kommission, da müssen wir mal gucken, aber auf jeden Fall eine solch konstruktive parlamentarische gemeinsame Arbeit!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Abg. Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wir haben jetzt schon ganz viel gehört über diese 600 Seiten beschlossenen Bericht, die wir fabriziert haben. Ich möchte mich an dieser Stelle für meine Fraktion, für Bündnis 90/Die Grünen, ganz herzlich bedanken: bei Ihnen, Frau Vorsitzende, bei den Kollegen/Kolleginnen, den Obleuten für diese wirklich kollegiale und demokratische Zusammenarbeit – wir haben es heute schon gehört. Ich finde, so eine Enquete-Kommission ist wirklich auch ein Musterstück für Demokratie, für Austausch, der in einer ganz anderen Art und Weise stattfinden kann als in anderen Gremien, weil wir ja doch mehr an einem Strang ziehen. Das, fand ich, ist sehr gut gelaufen, auch wenn wir Grünen an der einen oder anderen Stelle vielleicht eine abweichende Meinung haben.

Ich finde, und wir haben jetzt heute ganz viel inhaltlich dazu gehört, wir haben sehr viele gute Punkte aufgestellt.

Uns Grünen war das Thema soziale Gerechtigkeit ein Riesenanliegen. Wir haben heute ja noch einmal gehört, wie viele junge Menschen abgehängt sind, wie sehr auch die Pandemie diese Menschen noch mehr abgehängt hat und wie schwierig es ist, sie wieder zurückzubekommen. Und ich denke, dass wir das auch gut im Bericht dargestellt haben, wie wichtig es ist, sie eben auch in die Zukunft mitzunehmen.

Inklusion war für uns dabei auch ein ganz wichtiges Thema, also, dass wir eben alle mitnehmen, auch Menschen mit Behinderungen. Da ist ja gerade die Digitalisierung ein Riesenvorteil, da man damit viele Menschen mit an Bord holen kann.

Und ich will jetzt auch weiter gar nicht alles wiederholen, was wir heute an Positivem schon gehört haben. Ich kann empfehlen, diesen Bericht zu lesen – der ist ja mit seinen 600 Seiten mehr oder minder schnell durch.

Was kein Geheimnis ist: Als Grünenfraktion hätten wir uns, ähnlich wie Herr Dr. Brandenburg das ja schon gesagt hat, auch gewünscht, dass die Digitalisierung noch mehr Herzstück gewesen wäre, dass wir vielleicht noch mutiger etwas aufgebrochen hätten, was jetzt in unserem Berufsbildungssystem ist.

Wir alle wissen, dass wir an einer Stelle stehen, wo es wirklich schwierig für die Ausbildung ist. Wir haben viele Jahre gesagt: „Ja, Deutschland liefert“. Das ist ja auch so, das ist ein Musterbeispiel. Aber wir sehen natürlich jetzt mit den sinkenden Ausbildungszahlen, den Betrieben, die nicht mehr ausbilden, dass wir da ganz schön Gas geben müssen, um wirklich weiter zu liefern und auch um nicht stehen zu bleiben. Und wir hätten uns vielleicht diesbezüglich noch mehr Innovation gewünscht – und vielleicht könnten wir uns in Deutschland da auch an Asien ein Beispiel nehmen.

Aber ich möchte mich, wie gesagt, in erster Linie bedanken. Ich denke, es ist uns ein guter Bericht gelungen. Und ich wünsche mir auch für die nächste Wahlperiode, dass das neue Parlament sich damit beschäftigt, dass der Bericht nicht einfach irgendwo ad acta oder in eine Schublade gelegt wird, sondern dass die Handlungsempfehlungen eben auch umgesetzt werden können.

Danke.